

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15



## Inhalt

FCKW, der Ozonkiller, kommt durch die Hintertür nach Europa. Aus Fernost. Europa macht's möglich und die Minister Rexrodt und Töpfer schauen gutgläubig zu, kritisiert Ernst Schwanhold MdB.

Seite 1

Entwicklungsminister Spranger will Flüchtlingen nicht helfen, sondern sie von Deutschland fernhalten. Abschottung durch ausländerfeindliche Äußerungen, fürchtet Prof. Dr. Ingemar Hauchler MdB.

Seite 2

Sind die Rüstungsexportskandale um Libyen und Irak schon vergessen? Vor einer Aushöhung der Rüstungsexportkontrolle durch die Bonner Koalition warnt Hermann Bachmaler MdB.

Seite 3

Ein Reinheitsgebot nicht nur für Bier, sondern auch für Lebensmittel fordern Klaus Lennartz MdB und Lino Blunck MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 70

13. April 1994

### Blauäugige Minister

Jetzt kommt der FCKW-Tourismus aus Fernost

Von Ernst Schwanhold MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt

Vor mehr als sechs Wochen bat ich im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages die Bundesregierung um nähere Auskünfte bezüglich der Ankündigung der Europäischen Union, die Importquoten für FCKW zu erhöhen. Heute liegt endlich die Antwort vor und es wird klar, daß die Gutgläubigkeit der Bundesregierung und hier speziell die von Umweltminister Töpfer und Wirtschaftsminister Rexrodt keine Grenzen kennt. Sie lassen sich auf die Argumentationsschiene der Europäischen Union ein, daß es sich bei den Importen für Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW) nur um zusätzlich genehmigte ODP-gewichtete FCKW-Mengen aus wiedergewonnenen Recyclaten handele und diese Mengen nur für die weitere Produktion eingesetzt würden. Sie seien demnach nicht schädlich für die Umwelt.

Der erste Tatbestand, daß es sich um wiedergewonnene Ware handelt, ist nicht nachzuprüfen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß recycelte Waren weltweit überhaupt nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen, was bedeutet, daß auf neuhergestelltes FCKW, zum Beispiel aus China, zurückgegriffen werden muß. Dafür gibt es auch Hinweise aus einer Anhörung, die die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt" durchgeführt hatte. Hinzu kommt, daß der Verbleib der eingeführten Materialien nicht wirklich nachprüfbar ist. Fest steht nur eins: Die nicht nachvollziehbare Unterscheidung zwischen selbstproduzierten und importierten FCKW schadet nur unseren wirtschaftlichen Interessen - und die Umwelt wird gleichermaßen geschädigt.

Sicher ist auch, daß die Bundesregierung mit ihrer mangelnden Durchsetzungsfähigkeit in der EU der Umweltpolitik und dem Vertrauen, welches die Industrie in freiwillige Vereinbarungen heringesetzt hat, schweren Schaden zugefügt hat. Die hohen Investitionen in die Produktion eines Ersatzstoffes für FCKW werden sich jetzt nicht rechnen. Damit wird der von der Industrie beschlossene freiwillige Ausstieg aus der FCKW-Produktion in Zukunft als abschreckendes Beispiel erhalten müssen, wenn es darum geht, von ihr ein stärkeres Umweltengagement zu verlangen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zugl. MwSt. und Versand.

Verleiher Umwelt  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Sicher ist auch, daß die ArbeitnehmerInnen kein Verständnis dafür aufbringen, daß sie wegen des Ausstiegs aus der FCKW-Produktion in Deutschland ihren Arbeitsplatz verloren haben.-

Sicher ist auch, daß diese EU-Entscheidung der Intention der Weltbank entgegenwirkt, Länder wie China, Indien oder Rußland zum Ausstieg aus der FCKW-Produktion zu bewegen und sie für umweltfreundlichere Technologien zu gewinnen. Denn gerade aus diesen Ländern werden jetzt die FCKW für die EU eingeführt.

(-/13. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Sprangers Konzept wird keinem Flüchtling helfen**  
**Will der Entwicklungsminister Deutschland mit ausländerfeindlichen Sprüchen abschotten?**

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Entwicklungsminister Spranger hat ein Flüchtlingskonzept vorgelegt. Aber für die vorgeschlagenen vorbeugenden entwicklungspolitischen Maßnahmen und Rückkehrprogramme steht kein Geld zur Verfügung, das nicht durch die Neuverteilung an anderer Stelle fehlte. Im Gegenteil: der Entwicklungsetat für 1994 wurde gekürzt. Minister Spranger hat ein Flüchtlingskonzept vorgelegt, das nicht über die im Jahre 1990 vom damaligen Innenminister Schäuble vorgestellte Flüchtlingskonzeption hinausgeht. Er hat jedoch mit keiner Silbe konkrete Maßnahmen aus dieser alten Konzeption erwähnt. Er hat nicht über Bedarf, Kosten, Erfolge und Mißerfolge dieser alten Konzeption berichtet.

Nur eines wird deutlich: Minister Spranger hält es für seine Aufgabe, keine Flüchtlinge mehr zur Wanderung nach Deutschland zu ermutigen und diejenigen, die vor Hunger, Krieg und Verfolgung Aufnahme gefunden haben, zur Rückkehr zu bewegen. Vor dem Hintergrund seiner häufigen ausländerfeindlichen Äußerungen, in denen er zum Beispiel zwangsweise Aidstests für Menschen aus der Dritten Welt fordert oder den hier lebenden Ausländern die Schuld an unseren innenpolitischen Problemen gibt, gerät Minister Sprangers Konzept in den Verdacht, ein bloßes Abschottungsinstrumentarium Deutschlands vor Menschen aus Entwicklungsländern zu sein.

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik kann Menschen helfen, sich im eigenen Land bessere Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu schaffen. Und Entwicklungspolitik sollte sicher auch ein Gesamtkonzept für die Repatriierung und Reintegration von Flüchtlingen beinhalten. Dieses muß aber deren persönliche und berufliche Integration anstreben und durch entsprechende Qualifikations- und Bildungsmaßnahmen sowie Überbrückungshilfen fördern. Innerhalb eines Gesamtkonzeptes müssen länderspezifische Rahmenprogramme entwickelt werden, die im Zielland - abgestimmt mit den jeweiligen nationalen Entwicklungsplänen - vor allem Bildung und Ausbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen. Eine koordinierte Abstimmung zwischen längerfristigen Entwicklungsaufgaben und steigenden Anforderungen der Sofort- und Nothilfe, zwischen Entwicklungs- und Migrationspolitik, zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung, kann dieses im Sinne der Querschnittsaufgabe der Entwicklungspolitik gewährleisten.

Minister Sprangers Konzept bleibt hinter diesen Anforderungen weit zurück.

(-/13. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Sind die Rüstungskandale um Libyen und Irak schon vergessen**  
**Rüstungsexportkontrolle wird zunehmend ausgehöhlt**

Von Hermann Bachmaier MdB  
Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für Rüstungsexportkontrolle

An drei Fronten, um in der militärischen Sprache zu bleiben, wird zur Zeit daran gearbeitet, den bisherigen deutschen Standard zur Rüstungsexportkontrolle aufzuweichen: Auf dem Weg der europäischen Harmonisierung der Exportkontrolle von dual-use Gütern droht eine generelle Einschränkung der Kontrolldichte von zivil- und militärisch nutzbaren Gütern. Jetzt beabsichtigt offensichtlich der Bundeswirtschaftsminister, gewissermaßen als nationale Begleitmaßnahme, auch noch die Zahl der Länder auf ein Drittel zu reduzieren, bei denen zur Zeit eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von dual-use Gütern dann besteht, wenn der Exporteur weiß, daß die Exportgüter zu Rüstungszwecken genutzt werden sollen. Man darf gespannt sein, welche über zwanzig Länder der derzeit 33 Länder umfassenden H-Liste die Bundesregierung plötzlich nicht mehr als risikoträchtig einstuft. Dabei hat die Bundesregierung bislang immer erklärt, daß die Genehmigungspflicht von dual-use Gütern in dem eng begrenzten Umfang des Paragraphen 5 c der Außenwirtschaftsverordnung kein Exporthindernis darstellen würde, zumal ja nur dann eine Genehmigungspflicht besteht, wenn der Exporteur positiv Kenntnis davon hat, daß die von ihm zu liefernden Waren im Empfängerland Rüstungszwecken zugeführt werden sollen. Über diese gravierenden Einschränkungen des Rüstungsexportkontrollrechtes hinaus wollen führende Außenpolitiker der Koalition, wie der CDU-Abgeordnete Lamers, auch noch die rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Regierung Schmidt/Genscher vom Frühjahr 1982 aufweichen, um in noch stärkerem Umfang als bisher über Kooperationsverträge mit den Bündnispartnern Waffen- und Rüstungsgüter produzieren und exportieren zu können.

Es kam, wie es bei dieser Regierung fast zwangsläufig kommen mußte: Kaum haben wir unter dem Druck der aufgedeckten illegalen Rüstungsexporte nach Libyen und in den Irak eine leidliche Verbesserung des deutschen Rüstungsexportkontrollrechtes geschaffen, so werden diese Mechanismen heute bereits wieder zur Disposition gestellt. Wenigstens die Erfahrungen nach der Aufdeckung der deutschen Rüstungsexporte nach Libyen und in den Irak und die daraufhin erfolgte weltweite Empörung sollten uns doch Mahnung genug sein, auch aus außen- und exportpolitischen Gründen nicht schon wieder einer Ausweitung der Rüstungsexporte das Wort zu reden.

(-/13. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Mittel zum Leben - gesundes Brot**  
**Reinheitsgebot nicht nur fürs Bier, sondern auch für Lebensmittel**

**Von Klaus Lennartz MdB**  
**Stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Umweltausschuß und**  
**Lilo Blunck MdB**  
**Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Brot ist unbestritten eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel. Die Deutschen verzehren davon pro Jahr und Kopf durchschnittlich 150 Pfund. Mit etwa 300 Sorten Brot und 11.200 Backwaren haben die Deutschen sogar den Weltmeistertitel inne. Doch die Vielfalt ist tückisch. Was da genau über die Ladentheke gereicht wird oder im Supermarktregal erhältlich ist, wissen weder die Verbraucher noch das Verkaufspersonal und oft nicht einmal die Bäcker selbst. Insgesamt werden bei Bäckern jährlich circa 220.000 t Backhilfsmittel verbacken. Der "Fortschritt" liegt darin, daß heute sogar viele kleine Bäckereien nur noch Brot-Fertigmischungen anrühren und ausbacken.

Es besteht keine gesetzliche Regelung die Zusammensetzung von Brot aus Backmischungen detailliert offenzulegen. Denn Brot ist längst nicht gleich Brot. Zwischen traditionellem, auf der Basis von Hefe oder Sauerteig hergestelltem Brot und Brot aus Industrie-Backmischungen liegen Qualitäts- und Geschmacksweiten. Doch nicht nur das; auch die gesundheitlichen Folgen der vielfältigen Zusatzstoffe in Brot und Backwaren sind nicht kalkulierbar. Allergien und ernährungsbedingte Krankheiten nehmen ständig zu. Die gehäuft bei Bäckern auftretenden Asthmaerkrankungen - als "Mehlstauballergien" verharmlost - sind nicht zuletzt auch auf die chemischen Backzutaten zurückzuführen.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion eine detaillierte Kleine Anfrage zu Inhaltsstoffen in Brot- und Backwaren ausgearbeitet. Abgefragt werden unter anderem die Bereiche Zutaten, Verfahren, Deklaration und gesundheitliche Folgen der chemischen Backzutaten.

Wir fordern eine gesetzlich verankerte Kennzeichnungspflicht für alle Brotinhaltsstoffe. Darüber hinaus sollte Brot, welches auf traditionelle Weise ohne chemische Backhilfsmittel hergestellt wird, ein besonderes Gütesiegel erhalten. Dann hat der Verbraucher die Möglichkeit, durch seinen Kauf zu entscheiden, ob er auf chemische Zusatzstoffe im Brot Wert legt.

Brot darf nicht zum Fließbandplunder mit Reagenzglas Hilfe verkommen. Statt auf die idiotischeren chemischen Hilfsmittel sollten sich die Bäcker wieder auf ihr handwerkliches Know how verlassen. Dies verlangt zwar von ihnen, daß sie sich sorgsam um das sensible und zeitintensivere Gemisch aus Wasser, Mehl und Säurebakterien kümmern müssen, am Ende bringt jedoch diese Arbeitsweise das gesündere Lebensmittel und den gesünderen Arbeitsplatz hervor.

Industriell gefertigte, Chemie enthaltende Fertigmischungen nutzen allein der Backmittelindustrie, sind nachteilig für den Verbraucher und wettbewerbsverzerrend zu Lasten des Bäckermeisters, der sein Handwerk versteht und auf chemische Zusatzstoffe verzichtet.

Darum fordern wir die Bundesregierung auf, sich nicht nur für das "Reinheitsgebot" bei Bier, sondern auch bei Lebensmitteln - Mittel zum Leben -! einzusetzen.

(-/13. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*